

Für ein neues Miteinander und Gesundheitsverständnis

12 Schritte aus der Corona-Krise

Der bisherige Umgang mit der Covid-19-Pandemie hat die Gesellschaft bis hinein in Familien, Freundschaften und Lebensgemeinschaften verunsichert und gespalten. Darunter leiden der soziale Zusammenhalt, das Vertrauen in Behörden, Politik und Wissenschaft, in Rechtsstaat und Demokratie. Die Polarisierung der Gesellschaft verursacht aber auch psychische Folgen, die alle Altersgruppen betreffen. Zahlreiche Initiativen, Gruppen und Kollektive haben sich deshalb Gedanken zu einer neuen Sichtweise auf die Corona-Krise, ein anderes Gesundheitsverständnis und vor allem über einen alternativen Umgang mit Covid-19 gemacht. Diese Überlegungen haben zu einer gemeinsamen Empfehlung „12 Schritte aus der Krise“ geführt. Ziel ist es, den Dialog über sinnvolle freiwillige Maßnahmen anzuregen und alle gesellschaftlichen Gruppen achtsam und wertschätzend auf dem Weg aus der Krise mitzunehmen. Dazu bitten wir insbesondere Politiker*innen aller Parteien, Medien sowie Meinungsbildner*innen, sich diese Empfehlungen zu Herzen zu nehmen und für ihre Diskussion und Umsetzung einzutreten. Gemeinsam wollen wir die Ursachen und Folgen der gegenwärtigen Spaltung der Gesellschaft besser verstehen und Wege finden, sie zu überwinden. Es braucht einen aktiven Versöhnungsprozess, um nachhaltig sowohl die psychosoziale Gesundheit, aber auch den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu sichern. Dies wird allerdings nicht gelingen ohne die rasche Aufhebung aller verpflichtenden staatlichen Corona-Maßnahmen, wie es zuletzt auch von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) vorgeschlagen wurde.

1. Pluraler Diskurs, Meinungsvielfalt und Respekt

Die Anerkennung einer Vielfalt von Haltungen und Sichtweisen und ein respektvoller, offener und toleranter Diskurs sind Voraussetzungen für demokratische Politik und Lösungsfindung. Diffamierende und ausgrenzende Begriffe wie „Verschwörungstheoretiker*in“, „Corona-Leugner*in“, „Covidiot*in“; aber auch „Corona-Jünger*in“, „Impfapostel*in“ und „Blockwart*in“ verschärfen die gesellschaftliche Spaltung. Ein solches „Schwarz-Weiss“-Denken, diese Reduktion des Diskurses auf „Gut“ und „Böse“, „Falsch“ und „Richtig“ wird einem komplexen gesamtgesellschaftlichen Ereignis wie einer Pandemie nicht gerecht. Diese betrifft alle Menschen, das ungeborene Kind genauso wie einen sterbenden Menschen im Pflegeheim. Eine Pandemie ist niemals gerecht. Sie schafft Verlierer*innen und Gewinner*innen, trifft unterschiedliche Bevölkerungsgruppen auf verschiedene Art und Weise und oft diametral. Sie sorgt für positive und negative Erlebnisse, Emotionen, fördert Unsicherheit, Ängste und Vertrauensverluste. Für die Politik ist das Management einer Pandemie eine extrem große Herausforderung. Nicht nur in der Risikobewertung, sondern vor allem in der Risikokommunikation und der Umsetzung von erforderlichen Maßnahmen. Eine Pandemie kann nur als Kollektiv erfolgreich bewältigt werden. Umso wichtiger ist ein pluraler Diskurs, Meinungsvielfalt und Respekt.

Wir fordern deshalb Politiker*innen, Journalist*innen, Expert*innen sowie Aktivist*innen und Demonstrant*innen auf, Wertungen von Personen prinzipiell durch Sachargumente zu ersetzen. In den Medien sollte das gesamte Spektrum konstruktiver Positionen und Vorschläge zum Umgang mit der Corona-Pandemie ausgewogen zu Wort kommen und sachlich kommentiert werden. Der Dissens in der Wissenschaft bezüglich praktisch aller Maßnahmen muss deutlicher sichtbar werden. Demokratie lebt vom wertschätzenden und kontroversen Diskurs und dem authentischen Bemühen, andere Menschen im offenen Dialog zu verstehen. Jede Form von Denunziation, Diffamierung und Ausgrenzung ist zu unterlassen. Stattdessen sollte das Miteinander-Sprechen wieder in den Mittelpunkt gestellt werden.

2. Gesundheit für alle und eine gesundheitsförderliche Politik

Die Corona-Krise ist für uns - auch hinsichtlich möglicher künftiger Pandemien - Anlass, eine kohärente Gesamtpolitik anzustreben, die Gesundheit als körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden begreift. Die Grundlagen dafür wurden 1986 in der international verabschiedeten Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation ausführlich beschrieben. Im Geiste dieser Charta empfehlen wir, Gesundheit als Ergebnis breiter sozialer Interaktion, gelingender Beziehungen, dem eigenverantwortlichen Aufbau von Gesundheitskompetenz sowie der ko-kreativen Gestaltung gesundheitsdienlicher Lebenswelten zu fördern. Diese Aufgabe erfordert interdisziplinäre und ganzheitliche Beratungsprozesse, die eine systemische Sicht auf gesunde und krankmachende Lebensverhältnisse eröffnen und so ausgewogene, maßvolle und wirksame Handlungsstrategien ermöglichen.

3. Covid-19 ins Verhältnis setzen

Die alleinige Fokussierung auf Covid-19 als scheinbar größte Gesundheitsgefahr muss durch eine umfassendere Risiko-Kommunikation ersetzt werden. Öffentlichkeitswirksame Dashboards ergeben nur Sinn, wenn darauf alle relevanten Gesundheitsgefahren in einer vergleichenden Übersicht dargestellt werden und Präventionsmaßnahmen und Strategien zum Umgang mit diesen Gefahren transparent aufgeführt sind; ebenso wie die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf Gesundheit, Psyche, soziale Gerechtigkeit, Grundrechte und Demokratie. Bei der Auswahl und Darstellungsweise statistischer Daten ist es unabdingbar, dass sie nachvollziehbar begründet sind und immer wieder hinterfragt werden. Absolute Zahlen sind durch relative zu ergänzen, Drohkulissen dienen nicht der Förderung von rationalem Verhalten.

Alle Maßnahmen, die zur Eindämmung von schweren Erkrankungen in Epidemien oder Pandemien getroffen werden, müssen regelmäßig auf Verhältnismäßigkeit und mögliche Folgeschäden überprüft und jeweils zeitnah angepasst werden. Dazu braucht es den Mut, Fehler einzuräumen, Entscheidungen zu revidieren und die Fähigkeit, Kritik offen anzunehmen. Es verlangt auch den Blick auf das Gemeinwohl und die Gesundheit der gesamten Gesellschaft. Bis dato wurden von den Verantwortlichen Re-Evaluierungen und nachvollziehbare Anpassungen der Corona-Maßnahmen weitgehend versäumt. Die ständig wechselnden, willkürlich erscheinenden Maßnahmen und deren Unverhältnismäßigkeit setzen gerade vulnerable Gruppen wie Kinder, Ältere und vorerkrankte Menschen der Gefahr von Traumatisierung aus. Die psychischen und körperlichen Kollateralschäden können unsere Gesellschaft und das Gesundheits- und Sozialsystem noch über Jahrzehnte belasten. Wir treten für ein sofortiges Ende nicht evidenzbasierter Pandemie-Eindämmungs-Maßnahmen sowie die wissenschaftliche Untersuchung und politische Aufarbeitung der bisher entstandenen Schäden ein.

4. Ganzheitliche Strategien für Immunität und Resilienz

Kollektive Immunität gegen SARS-CoV-2 und weitere Krankheitserreger entsteht durch das Zusammenwirken von gesunden Lebenswelten, gesundem Lebensstil, angeborenem Immunsystem, Kreuzimmunität aus vorangegangenen Infekten, Genesung nach überstandener SARS-CoV-2-Infektion sowie Impfungen und anderen immunstärkenden Maßnahmen. Gesundheitsministerien, Gesundheitsämter, Ärzt*innen und Medien sind aufgerufen, über die komplexe Wirkungsweise des menschlichen Immunsystems einschließlich zellulärer Immunität und Kreuzimmunität zu informieren und Wege zur Stärkung des Immunsystems und individueller Resilienz aufzuzeigen. Die Bedeutung von Bewegung, Ernährung, Nähe, Berührung und Beziehung soll hervorgehoben und der Abbau von Stress und Angst auf allen Ebenen forciert werden.

Das Wissen der Psychoneuroimmunologie und Gesundheitsökologie muss neben anderen medizinischen Disziplinen gleichrangig in die Präventions- und Behandlungsstrategien einfließen. Impfungen können ein wichtiges Instrument zum Schutz vor schweren

Krankheitsverläufen sein. Zu breiter Akzeptanz führt jedoch nicht politischer Druck, sondern ein nachgewiesenes gutes Nutzen-Risiko-Profil. Andere Aktivitäten und Strategien zur Steigerung der individuellen wie sozialen Immunität und Resilienz sind ebenfalls bedeutsam. Hightech-Medizin, künstliche Intelligenz, Robotik u. ä. reduzierte Maßnahmen können das menschliche Selbstheilungspotential und die Aktivitäten einer umfassenden Gesundheitsförderung nicht ersetzen.

5. Eigenverantwortung und Solidarität

Die staatlichen Organe müssen Rahmenbedingungen schaffen, die einen selbstwirksamen und gesundheitskompetenten Umgang mit den Risiken der Corona-Pandemie ermöglichen. Alle selbstbestimmten oder gemeinschaftlich vereinbarten Schutzmöglichkeiten wie Arzneimittel, Impfungen, Testverfahren, Masken, Bildungsaktivitäten oder andere wirksame Aktivitäten sind solidarisch zu finanzieren und frei zur Verfügung zu stellen. Der individuellen Wahl der Mittel gebührt Respekt, in keine Richtung darf Druck ausgeübt oder die Wahl bestimmter Mittel und Strategien diffamiert werden. Die Menschen müssen wissen, dass die Impfung nach aktueller Datenlage zwar einen wertvollen Eigenschutz vor einer schweren Erkrankung bewirkt, aber keinen sicheren Schutz vor der Infektion und der Weitergabe des Virus bietet. Eine freie, persönliche und individuelle Impfscheidung muss möglich sein. Covid-19-Impfungen sollten nur nach dokumentierter individueller Aufklärung und ausführlicher Krankheitsanamnese durch Ärzt*innen erfolgen. Unerlässlich ist die Information über die verkürzte Studiendauer, die nur bedingte Zulassung und die Unklarheit bezüglich der Wirkdauer und möglicher Nebenwirkungen.

Es ist inzwischen gesichert, dass die natürliche Immunität nach einer Covid-19-Infektion breiter und anhaltender ist, als die Immunität durch Impfung. Zur Vermeidung unnötiger Impfungen sind Antikörper- und Gedächtniszellen-Tests oder andere geeignete Messverfahren des Immunstatus hilfreich. Sie müssen vor der Impfscheidung kostenlos angeboten werden. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vom Nachweis einer biologischen Eigenschaft abhängig zu machen, lehnen wir als gefährlichen Irrweg ab. Statt eine neue Diskriminierung einzuführen, halten wir es für angemessener und zielführender, Menschen so umfassend mit Informationen zu versorgen, dass sie eigenverantwortlich und solidarisch mit dem Risiko für sich und andere umgehen können.

6. Sozialer Ungleichheit entgegenwirken

Die Krise hat nicht alle gleich getroffen und die Lasten werden nicht von allen gleichermaßen getragen. Menschen mit geringem Einkommen, Vermögen und Bildung sind deutlich stärker von Covid-19 und den Folgen der Maßnahmen zur Eindämmung betroffen. Frauen*, Migrant*innen und Menschen in prekären und atypischen Arbeitsverhältnissen sind in einigen Berufen von Überlastung und Ansteckungsgefahr (z.B. Pflegeberufe, Supermarkt) und an anderer Stelle von Kündigung betroffen. Sie leiden häufiger an Vorerkrankungen, leben auf engerem Raum und sind vielfältigem Stress ausgesetzt. Frauen* leisten zudem den überwiegenden Anteil der durch Schließung von Schulen und Kindergärten, sowie dem Ausfall des regulären Pflegepersonals anfallenden Betreuungs- und Hausarbeit.

Wir unterstützen deshalb unter anderem: Besser bezahlte und attraktivere Arbeitsplätze in der Pflege, z. B. mit Lohnerhöhungen und dem Schließen der Lohnschere für das Pflegepersonal; die lang geforderte Senkung der Normalarbeitszeit, die gerechte Verteilung von Hausarbeit sowie der Betreuung von Kindern und älteren Menschen auf alle Geschlechter; die Anrechnung von Pflege- und Betreuungszeiten auf die Rente und den Ausbau der Kinderbetreuung. So können die Pandemie-Folgen von allen gerecht getragen werden, statt dass bestehende Ungleichheiten verschärft werden.

Das öffentliche Gesundheitssystem soll generell ausreichend mit Steuermitteln ausgestattet und nicht krank- und kaputtgespart werden. Um das stationäre Gesundheitssystem zu entlasten, sollen Erkrankte so weit wie möglich ambulant behandelt werden.

7. Erweiterung der medizinischen und therapeutischen Optionen

Intensivstation, Intubation, Impfung – diese drei „I“ beherrschen nach wie vor die öffentliche Darstellung des medizinischen Umgangs mit der Corona-Pandemie. Sehr viel öffentliches Geld ist auch in die Entwicklung und den Ankauf von Impfstoffen geflossen. Medizin vermag jedoch mehr und ist vielfältiger in ihren Ansätzen. Die Covid-19-Impfung darf nicht als einzige Lösung dargestellt werden. Medikamentöse Therapieoptionen sind ebenso wichtig, und diesbezügliche Forschung und Anwendung benötigen mehr öffentliche Förderung und Aufmerksamkeit. Praxen und medizinische Einrichtungen, die mit therapeutischen und präventiven Methoden erfolgreich arbeiten, müssen stärker in die fachlichen Diskurse eingebunden werden.

Testverfahren sollten primär wieder dort verortet werden, wo sie verlässlich und kompetent durchgeführt werden können: in die Arztpraxen und Krankenhäuser beim Vorliegen von Symptomen, als Teil der ärztlichen (Differential-)Diagnostik und Behandlung von symptomatischen Patient*innen, einschließlich der Klärung ihrer jeweiligen Infektiosität. Die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung durch Infizierte ohne Symptome ist sehr gering, insbesondere bei Kindern, die durch die ständigen Tests mit ihren häufig falsch positiven Ergebnissen und daraus folgende Quarantänemaßnahmen psychisch enorm belastet werden. Durch Beendigung der verpflichtenden Massentests von Gesunden werden nicht nur Plastikmüllberge vermieden, sondern auch Kosten, Ängste, Stigmatisierung und Segregation in Schulklassen und an Arbeitsplätzen. Um die Isolation von Risikopersonen zu verringern, sollten gleichzeitig auf Freiwilligkeit beruhende, kostenfreie und sichere Tests auch außerhalb von medizinischen Einrichtungen leicht zugänglich und unkompliziert durchführbar sein.

Finanzielle Anreize, die Diagnose Covid-19 zu stellen, müssen jedoch abgeschafft werden, zugunsten einer umfassenden Differentialdiagnose mit individueller Anamnese und angemessenen, ausreichend validierten und standardisierten breiten Diagnose-Verfahren (z.B. Multiplex-Tests). Die Menschen müssen über die Aussagekraft und die Limitierungen diverser diagnostischer Tests aufgeklärt werden, damit sie wohlüberlegte Entscheidungen bezüglich der eigenen Gesundheit treffen können.

8. Kontrolle der (Pharma-)Konzerne

Die öffentliche Förderung von Pharmafirmen muss an angemessene Gewinnbeteiligung und freie Lizenzen gekoppelt werden. Die Praxis, dass der Staat großzügig die Entwicklung von Impfstoffen, Arzneimitteln und weiteren Angeboten finanziert und die gesamte Haftung für eventuelle Schäden übernimmt, die diesbezüglichen Verträge aber geheim bleiben, muss zugunsten einer Gemeinwohl-Ausrichtung des Gesundheitssektors beendet werden. Insbesondere im Pandemie-Fall sollte das Patentrecht ausgesetzt werden, um auch ärmeren Ländern den Zugang zu Medikamenten zu sichern.

In allen Branchen müssen Lockdown-bedingte Konzentrationsprozesse rückgängig gemacht und strengere, auch globale Fusionskontrollen ein- und durchgeführt werden. Die monopolartigen Internet-Plattformen sind durch öffentliche Plattformen mit demokratisch vereinbarten Community-Regeln (u. a. Datenschutz, Werbefreiheit und Open-Source-Prinzip) zu ersetzen. Zur Dekonzentration von Macht in der Wirtschaft und im Gesundheitssystem müssen regionale und gemeinnützige Unternehmen gefördert werden.

9. Kinder und Jugendliche achtsam wahrnehmen und bestmöglich schützen

Kinder und Jugendliche erkranken in der Regel nicht schwer an Covid-19. Andere Krankheiten und Gesundheitsgefahren (Unfälle, häusliche Gewalt, Suizid oder psychosoziale Belastungen) sind bedeutsamer. Kinder geben Sars-Cov-2 auch seltener weiter als Erwachsene. Lockdowns und Schulschließungen wirken sich katastrophal auf das körperliche und seelische Wohlbefinden und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen aus. Ihre Lebensräume wie

insbesondere die Schule müssen zu einem gesundheits- und entwicklungsfördernden Umfeld werden, in dem Spiel, Freude, Begegnung und Lernen in angstfreier Atmosphäre möglich ist. Bildungs- und Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche müssen ohne Bedingungen (Impfung, Masken, Tests) und ohne Einschränkungen zur Verfügung gestellt werden. Jugendlichen und jungen Erwachsenen muss ein uneingeschränkter Zugang zum gesellschaftlichen Leben mit Gleichaltrigen möglich sein.

Der Grundsatz der Anerkennung von Gleichwertigkeit bei individueller Verschiedenartigkeit muss dauerhaft und unabhängig vom Impfstatus oder einem Krankheitsgeschehen gelten. Impfdruck und Impfwerbung bei Kindern und Jugendlichen sind ebenso überflüssig und fragwürdig wie die angstbasierte Drohung, sie könnten Erwachsene infizieren und gefährden.

Da Kinder und Jugendliche während der Pandemie besonders gelitten haben, brauchen sie maßgeschneiderte gesundheitsfördernde Maßnahmen und eine vermehrte Verfügbarkeit von Psychotherapieplätzen. Strategien, die Kinder und Jugendliche darin unterstützen, (wieder) ein gesundes Verhältnis zu ihrem Körper und Körperselbstbild zu erlangen, sollen flächendeckend implementiert werden. Sie sollen zusammen mit Achtsamkeitsschulungen in pädagogische Curricula aufgenommen werden. Ansteckungsängste von Lehrpersonal müssen ernst genommen und individuelle Lösungen angeboten und gemeinsam entwickelt werden.

10. (Hoch-)Risikogruppen schützen und begleiten

Zum Schutz älterer Menschen oder anderer (Hoch-)Risikogruppen müssen mit öffentlicher Förderung innovative und wirksame Strategien entwickelt und umgesetzt werden. Die besonders hohen Todesraten in Pflegeheimen (teils über 70 Prozent aller Todesfälle bis ins Frühjahr 2021) erfordern eine strukturelle Neuorientierung in der stationären Versorgung. Es liegen kreative Konzepte für eine kleinteilige und familienähnliche Versorgung vor (erarbeitet z.B. vom Kuratorium Deutsche Altershilfe), die mehr Lebensqualität für die Menschen und attraktivere Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal bieten.

Sterben und Tod sollten wieder als ein Teil des Lebens angenommen werden. Die Würde und Selbstbestimmung der betroffenen Menschen in der letzten Phase ihres Lebens ist zu achten. Eine „Kultur des Sterbens“ sollte als Bildungsaufgabe begriffen und in der medizinischen Ausbildung und in Care-Berufen einen entsprechenden Stellenwert erhalten.

11. Wirtschaften in planetarer Verantwortung

Die Übertragung von Infektionskrankheiten vom Tier auf den Menschen (Zoonosen) nimmt infolge unserer Wirtschaftsweise, die den Lebensraum der Tierwelt immer mehr einschränkt, stark zu. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Entfremdung des Menschen von der Natur werden weitere Pandemien auslösen. Eine Wirtschafts- und Lebensweise, die das ökologische Gleichgewicht wahrt und einen nachhaltigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen erreicht, ist die wirksamste Prävention von Virus-Pandemien. Die Entwicklung einer strukturell nachhaltigen Wirtschaftsweise (z.B. Gemeinwohlökonomie, Kreislaufwirtschaft, Commons) muss umfassend gefördert und schnellstmöglich umgesetzt werden.

12. Eine neue demokratische Kultur

Auf Grund historischer Erfahrungen sollte allen Schüler*innen vermittelt werden, wie sich eine offene, demokratische Gesellschaft von einem totalitären System unterscheidet: Garantierte Grundrechte, Gewaltenteilung, unabhängige und kritische Medien als „Vierte Gewalt“ sowie das Subsidiaritäts- und das föderale Prinzip. Sie bilden das unverzichtbare Fundament einer freien Gesellschaft.

Der demokratische Staat muss auf die Alltagsexpertise der Bürger*innen mit ihren unterschiedlichen Lebenserfahrungen vertrauen; er begreift die Verschiedenheit ihrer Perspektiven, Interessen und Kompetenzen als Ressource zur Lösungsfindung für gesellschaftliche Fragen, als Quelle für das gesellschaftliche Wachsen und Werden.

Wir benötigen eine „Politik des Zuhörens“ auf breiter Basis sowie eine Kultur der Bürger*innen-Selbstorganisation, mit Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung. In der Pandemie haben viele Gemeinden und Städte bewiesen, dass sie auf das Infektionsgeschehen kreativ und erfolgreich reagieren und auch Krisen bewältigen können. Lokale und partizipative Strategien waren oft erfolgreicher als zentral verordnete Regeln. Der Kollaps des Gesundheitssystems wurde häufig auf der untersten Ebene verhindert. Wir empfehlen „Runde Tische“ zur Aussöhnung, und kommunale Gesundheitskonferenzen zur besseren Steuerung der Gesundheitsversorgung. Ein bundesweiter Bürger*innen-Rat könnte innovative Strategien im Umgang mit Covid-19 und anderen Gesundheitsgefahren erarbeiten. Die Corona-Pandemie mahnt dazu, die Demokratie neu zu erfinden und das Vertrauen in die Lösungskompetenz sozialer Prozesse zu stärken sowie zu institutionalisieren. Dafür erweist sich die aktuelle Krise hoffentlich auch als Chance.

Deutschland, Österreich, Schweiz, am 15. Oktober 2021.

1. Die Autor*innen von *Covid-19 ins Verhältnis setzen. Alternativen zu Lockdown und Laufenlassen* (www.coronaaussoehnung.org),
Mag. Christian Felber, IASS Affiliate Scholar, Gemeinwohl-Ökonom, Wien
Prof. Dr. Bernd Fittkau, Humanistischer Psychologe und FK-Coach, Hamburg
Prof.in Dr. Monika Frommel, Juristin und Strafrechtsexpertin, Kiel
Prof.in Dr.in Ulrike Guérot, Politologin und Europaexpertin, Bonn
RAin Jessica Hamed, Fachanwältin für Strafrecht, Hochschuldozentin, Mainz
BA Magdalena Hanke, queer*feministische*r Künstler*in und Genderforscher*in, Wien
Dr. Martin Hirte, Kinderarzt, München
Dr. Ellis Huber, Arzt und Gesundheitspolitiker, Berlin
Mag.a Ruth Koza, Klinische & Gesundheitspsychologin, Innsbruck
Prof. Dr. Stephan Luckhaus, Mathematiker, Leipzig
Dr.in Patricia Marchart, Filmemacherin, Wien
Mag.a Judith Raunig, Klinische & Gesundheitspsychologin, Niederösterreich
Prof. Dr. Hartmut Schröder, Linguist und Soziologe, Potsdam
Univ.-Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Psychoneuroimmunologe, Innsbruck
Prof. Dr. Tobias Unruh, Physiker, Erlangen
Dipl.-Kulturwirt Philipp von Becker, Publizist, Autor und Filmemacher,
unterstützt von
Prof. Dr. Michael Esfeld, Wissenschaftsphilosoph, Lausanne
Dr. René Schlott, Historiker, Berlin
Prof. Johann Behrens, Pflege- und Gesundheitswissenschaftler, Halle-Wittenberg
Dr. Agnes Imhof, Islamwissenschaftlerin, Erlangen
Prof. Dr. Andreas Schnepf, Chemiker, Tübingen,
Dr. Christian Lehmann, Musikwissenschaftler, München
2. „Thesenpapier-Arbeitsgruppe“, Prof. Dr. Matthias Schrappe
(<https://schrapp.com/ms2/>)
3. Dachverband Anthroposophische Medizin in Deutschland, DAMiD e.V. (www.damid.de)
4. Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten stehen auf
(<https://www.psychotherapeutinnen-und-psychotherapeuten-stehen-auf.net/>)
5. Zentrum für Salutogenese (<https://salutogenese-zentrum.de/>)
6. GESUNDHEIT AKTIV e.V. (<https://www.gesundheit-aktiv.de/>)
7. Ärzte für individuelle Impfentscheidung e.V. (<http://individuelle-impfentscheidung.de/>)
8. BKK ProVita (<https://www.bkk-bayern.de/>)
9. BKK Landesverband Bayern (<https://www.bkk-bayern.de/>)

10. Stiftung ganzheitlich gesund e.V. (<https://stiftung-ganzheitlich-gesund.de/>)
11. Berufsverband Präventologen e.V. (<https://www.praeventologe.de/>)
12. Team Tage der Zukunft Kärnten (www.tagederzukunft.at)
13. Evidenz der Vernunft. Bürgerinitiative (<https://evidenzdervernunft.solutions/>)
14. Mutigmacher e.V. (<https://mutigmacher.org/>)
15. Akademie für Potentialentfaltung (<https://www.akademiefuerpotentialentfaltung.org/>)
16. Mut zu Zwischentönen, Hamburg (<https://www.mutzuzwischentoenen.org/>)
17. ElternStehenAuf e.V. <http://www.elernstehenauf.de/>
18. zweiDrittel e. V. – Der Mittelstand handelt (zwei-drittel.de)
19. Zukunftswerkstatt Schloss Tempelhof (www.schloss-tempelhof.de)
20. Gemeinschaft Mittendrin Leben e. G. (<http://gemeinschaft-mittendrin-leben.de/>)
21. Initiative Dialogforum "Das Ich im Wir – Corona und die eigene Existenz"
Universität Witten/Herdecke

Stand: 15. Oktober 2021

Weitere unterstützende Initiativen werden auf www.coronaaussoehnung.org/12-Schritte-aus-der-Krise veröffentlicht, bitte schicken Sie ein einfaches Mail an malu.stiefel@coronaaussoehnung.eu